



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nr. 175b

September 2008

Preis: EUR 0,40

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Österreich

LINKE aus 7 Bundesländern stehen zur Wahl!

Zusätzlich zu den KandidatInnen aus den 5 Bundesländern, in denen die LINKE auf dem Wahlzettel steht, kandidieren auf der LINKE-Bundesliste Helmut Ackerl (Stmk., FSG-Mitglied, ehemaliger Betriebsrat bei ATS), Kazim Yildirim (NÖ, Glanzstoff-Arbeiter), Heinz Pinta (NÖ, KPÖ-Aktivist) und Wolfgang Lambrecht (Stmk., Erwerbsloseninitiative AMSL).

Die LINKE macht damit ihren bundesweiten Anspruch, deutlich. Alle KandidatInnen findest du ab 9. September auf www.linkewahlen.at.

Betrieb & Gewerkschaft



Glanzstoff-Arbeiter kandidiert bei der LINKE

Kollege Kazim Yildirim kandidiert auf Platz 10 der Bundesliste der LINKE. Er unterstreicht damit, dass wer wirklich etwas verändern will, aktiv für seine Rechte eintreten muss – im Betrieb und darüber hinaus.

Schwerpunkt



Diese Spezialausgabe des VORWÄRTS widmet sich ausführlich dem "Linksprojekt" in Österreich. Im zweiten Teil der zweiteiligen Ausgabe (der erste Teil erschien am 29. August und liegt dieser Ausgabe bei) widmen wir uns den KandidatInnen und dem Programm der LINKE.

Internationales



LINKE konfrontiert Strache auch in Köln

H. C. Strache nimmt am 20. September an einem Kongress in Köln teil, zu dem von einer rechten Anti-Islam-Liste in Köln eingeladen wird. LINKE-KandidatInnen nehmen an der Gegendemo teil.

In Wien, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und im Burgenland:

linke wählen!

Erstmals seit 1945 tritt eine neue linke Liste in fünf Bundesländern an. Sie ist damit für weit mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten wählbar. Im Folgenden nennen wir fünf gute Gründe warum eine Stimme für die LINKE die beste Wahl ist.

Teuerung, Armut und Krise – Alternativen zu diesem System sind notwendig!

„Jetzt schon können es sich 313.000 Menschen in Österreich – also 4% der Wohnbevölkerung – nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten. (...) Wenn nichts passiert, wird diese Zahl nächstes Jahr auf eine halbe Million anwachsen.“ (Armutskonferenz)

Doch die Teuerung und die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise haben auch schon längst die Mehrheit der Gesellschaft ärmer gemacht. *„77 Prozent der Befragten finden, dass Lebensmittel bereits zu teuer sind. Immerhin 40 Prozent wollen sich künftig beim Einkaufen einschränken.“* (NEWS, September 08)

Die Reallöhne sind durch die mageren Lohnrunden und diverse Sparpakete in den letzten Jahren kräftig gesunken. Gleichzeitig hat die Regierung z.B. die Erbschafts- und Schenkungssteuer einfach abgeschafft. Ein System, das die Reichen immer reicher und die Masse der Bevölkerung immer ärmer macht, wird nun auch in Österreich so stark wie nie zuvor in Frage gestellt. Genau hier setzt die Kandidatur des Bündnisses LINKE an, das dieses Wirtschaftssystem – den Kapitalismus – klar ablehnt.

Die SPÖ ist keine Partei für ArbeiterInnen mehr – Rechte Rattenfänger sollen nicht länger davon profitieren

Die Entwicklung der SPÖ hin zu einer Partei der Sparpakete, der Privatisierungen und der gebrochenen Wahlversprechen hat ein riesiges politisches Vakuum, bzw. Millionen Unzufriedene hinterlassen. Die wesentlichen Trends bei dieser Wahlen heißen Wahlenthaltung, aber vor allem eine mögliche neuerliche Stärkung der extremen Rechten; also von FPÖ und/oder BZÖ. Der "neue Kurs" von Werner Fay-

mann ist demgegenüber nicht nur ein recht durchsichtiges Manöver; nämlich durch ein paar "Wahlzuckerln" einen Totalabsturz der SPÖ verhindern zu wollen. Er beinhaltet auch eine Öffnung Richtung Krone, Strache und Co. – jedes Mittel zum Machterhalt scheint für die SPÖ-Führung inzwischen gerade richtig. Tatsächlich wird aber durch diese Strategie nur der rechte Rand gestärkt.

Statt sich auf "Sachzwänge" auszureden, gibt die LINKE Antworten

Wir meinen, dass JEDE Regierung die aus den etablierten Parlamentsparteien gebildet wird, die vielleicht doch noch in sie gesetzten Hoffnungen enttäuschen wird. Auch die "Umfaller" der SPÖ in den letzten zwei Jahren haben Methode: Genauso wie ÖVP, Grüne, etc ... orientieren sich Faymann und Co. nämlich voll und ganz an den angeblichen "Sachzwängen". Die meisten dieser Sachzwänge sind nichts als Vorgaben der Unternehmenseite, welche ihre Interessen unter diesem Deckmantel vertritt: Lohnerhöhungen wären leider nicht möglich, weil sonst der Standort gefährdet ist; Sozialleistungen sind nicht mehr finanzierbar, weil gespart werden muss (...). Das Wahlbündnis LINKE hat in ihrem Programm klar unterstrichen, dass wir diese "Sachzwänge" nicht länger akzeptieren wollen und können. Lohnerhöhungen und der Zustand des Sozialstaats spiegeln vor allem das Kräfteverhältnis zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen – wir nennen sie "Klassen" – in einer Gesellschaft wider. In den Forderungen – z.B. nach einem Mindestlohn von EUR 1.100,- netto oder Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – orientiert sich das Bündnis LINKE, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, ausschließlich an den realen Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit.

Das Antreten der Liste LINKE ist ein erster Schritt zum Aufbau einer neuen politischen Kraft

„Ich finde es klasse, dass sich ein konsequent linkes

Wahlbündnis in Österreich bildet. Trotz der bestehenden Unterschiede und Differenzen der einzelnen beteiligten Parteien und Organisationen.“ So lautet eine, nicht untypische, Stimme aus dem Kreis jener Kollegen und Kolleginnen die das Bündnis LINKE bereits unterstützen. Schon zum jetzigen Zeitpunkt konnten viele neue MitstreiterInnen zur Mitarbeit für die LINKE gewonnen werden, die bis jetzt nicht politisch aktiv waren. Auch das erstmalige Antreten einer neuen linken Liste in nicht weniger als fünf Bundesländern drückt – in bescheidenem Ausmaß – eine neue Qualität in der Entwicklung der gesamten Linken in Österreich aus. Um was es dabei mittel- und langfristig geht, liegt – unserer Meinung nach – auf der Hand: Wir wollen eine neue linke Partei aufbauen, welche die Masse der Unzufriedenen anspricht, eine Partei die konsequent die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen vertritt.

Wir liegen im "Trend" – eine internationale Entwicklung kommt endlich auch nach Österreich

In vielen Staaten existieren inzwischen starke Parteien und Kräfte links von Sozialdemokratie und Grünen. Das Antreten der LINKE möchte auch in Österreich endlich an diesen "Trend" anknüpfen. Die Kandidatur leistet gewissermaßen erste Vorarbeiten; nicht mehr aber auch nicht weniger. Die Erfahrungen und Probleme sind ein Teil der langfristigen Entwicklung hin zu einer solchen neuen Kraft. Das Abschneiden bei der Wahl 2008 ist in dieser Hinsicht wichtig, weil es das aktuelle Ausmaß an konkreter Unterstützung für dieses Ziel ausdrückt. Deshalb: LINKE wählen! Entscheidend wird es aber sein, nach der Wahl auf der bis dahin geleisteten Arbeit aufzubauen und vor allem die – hoffentlich tausenden – Menschen, welche LINKE gewählt haben, zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen. Ebenso streben wir darüber hinaus weiter die praktische Zusammenarbeit mit allen Personen und Organisationen an, die mit uns Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus leisten wollen.

Mehr Informationen auf www.slp.at & www.socialistworld.net

“Wir treten an, weil es notwendig ist”

Interview mit Sonja Grusch,
Spitzenkandidatin für das
Wahlbündnis LINKE
bei den Nationalratswahlen.

Vorwärts: Warum kandidiert die LINKE bei den Nationalratswahlen?

Weil es notwendig ist. Die etablierten Parteien werden sich immer ähnlicher. FPÖ und BZÖ liefern sich ein rassistisches Hetz-Duell. Die ÖVP versucht mit Law&Order-Parolen da mit zu mischen. Die pseudo-soziale Rhetorik der SPÖ nimmt ihr niemand mehr ab. Die Frage ist nur, wie schnell wird sie diesmal umfallen. Weil klar ist auch, selbst wenn sie in einer künftigen Regierung vertreten ist, und dort mit einer Hand einige soziale Verbesserungen durchsetzt, dann wird sie mit der anderen Hand weitere Verschlechterungen beschließen. Und unterm Strich stehen wir garantiert noch schlechter da. Und die Grünen sind schon lange nicht mehr links. Wie bitte ist "Dauerstreit - nicht mit mir" zu verstehen? Dass die Grünen eh rasch von Sozialabbau zu überzeugen sind, wenn sie nur in die Regierung dürfen? Für mich ist klar: wenn es keine linke Alternative bei den Wahlen gibt, die nicht nur schöne Plakate hat, sondern auch Kämpfe organisiert und längerfristig eine neue politische Kraft aufbaut, dann gewinnen nur die Rechten.

VORWÄRTS: Aber welchen Unterschied kann die LINKE da machen?

Uns geht's ja nicht nur um die Wahl, sondern um den Aufbau einer neuen politischen Kraft. International stehen wir am Vorabend einer Wirtschaftskrise. Da wird Österreich nicht verschont davon bleiben. Der Stellenabbau bei Magna, Siemens, der Telekom - oder auch die drohende Schließung der Glanzstoff in St. Pölten - das sind erst die Vorboten. Ich denke, dass die kommenden Angriffe bei Pensionen, Gesundheit und Bildung das bisherige leider in den Schatten stellen werden. Und da ist die Frage: wie darauf reagieren?! Wir können es uns einfach nicht leisten, den Kopf in den Sand zu stecken und zu warten, bis der Sturm vorüber ist. Weil in der Zwischenzeit brauchen wir auch Geld, um die Miete, neue Schuhe oder vielleicht sogar mal einen Urlaub zu bezahlen. Das Wahlbündnis Linke versteht sich als ein erster Schritt beim Aufbau einer neuen Partei links von SPÖ und Grünen, die die künftigen, die notwendigen, sozialen Kämpfe unterstützen und führen wird. Das macht den Unterschied.

VORWÄRTS: Gegen Teuerung sind ja alle – was ist da eure Besonderheit?

Kurz gesagt: wir wollen keine Almosen. Konkret heißt das: Die Mehrwertsteuer ist insgesamt eine unsoziale Steuer, weil dabei Menschen mit niedrigem Einkommen immer draufzahlen. Ich bin für die Abschaffung der Mehrwertsteuer. Wird der Sozialstaat dadurch unleistbar? Nein, denn es gibt ja genug Reichtum, der im jetzigen System nicht angetastet wird. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt in Österreich ein Drittel des Vermögens. Gleichzeitig ist Österreich ein Steuerparadies für Reiche - z.B. durch das Stiftungsrecht. Die Besteuerung von Vermögen ist sogar niedriger als in den USA. Da gibt es also genug Geld, um sogar einen Ausbau des Gesundheitswesens, eine kostenlose und menschenwürdige öffentliche Pflege für jedeN der/die es braucht und mehr Geld für die Bildung aufzubringen. Es ist eine politische Frage, ob sich eine Regierung dieses Geld für den Ausbau der sozialen Leistungen holt oder nicht.

Die zweite Ebene ist, dass wir für Lohnerhöhungen eintreten, die die Verluste der letzten Jahre wettmachen. Die Reallöhne sind heute auf dem Niveau von 1991 - die Gewinne steigen aber ordentlich. Bei den Lohnrunden hören wir jedes Jahr, dass wir uns zurückhalten müssen. Warum halten sich die, die das fordern, nicht bei ihren Gewinnen zurück? Ich denke, der ÖGB muss sich endlich von seinem sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurs verabschieden und einige Gänge zulegen. Wir brauchen einen heißen Herbst, in dem saftige Lohnerhöhungen gefordert und wenn nötig auch erkämpft werden.

VORWÄRTS: Was kann denn zum Beispiel gegen die Schließung der Glanzstoff unternommen werden?

In der Glanzstoff sollen über 300 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Betroffen sind davon natürlich wesentlich mehr. Und warum das ganze? Weil ein Herr Cornelius Grupp noch mehr Geld machen will. Da stellt sich aber die Frage: um wen geht es eigent-



lich? Warum ist einer wichtiger als mehrere Hundert? Für mich stellt sich die Frage: wie viel hat die Firma in den letzten Jahren an Subventionen kassiert? Wieviel wurde an Gewinnen kassiert? Ich denke, als erstes sollten die KollegInnen der Glanzstoff sich mal die Firmenbücher, die Buchhaltung, die Bilanzen anschauen, um zu sehen, wo ihr Geld hingegangen ist. Die KollegInnen haben ja schon begonnen, sich zu organisieren. Aber worin könnten die nächsten Schritte bestehen? Wichtig wäre es aus meiner Sicht, dass die Gewerkschaft aktiv wird. Aber nicht nur, indem sie Sozialpläne aushandelt. Die KollegInnen brauchen einen Job, nicht nur einen zeitlich beschränkten Sozialplan. Warum soll ein Betrieb wie die Glanzstoff im Besitz eines Herrn Grupp bleiben? Die öffentliche Hand sollte die Glanzstoff übernehmen. Aber nicht so wie bei der früheren Verstaatlichung, wo irgendwelche abgehobenen ManagerInnen sich wieder nur an Profitinteressen orientiert haben. Die echten ExpertInnen sitzen in St. Pölten im Betrieb - die KollegInnen können den Betrieb gemeinsam organisieren und verwalten. Aber natürlich wird so was nicht ohne Kampf abgehen, da braucht es breite und aktive Solidarität. Und einen kämpferischen und demokratischen ÖGB. Es ist also noch viel zu tun für uns.

VORWÄRTS: Klingt das nicht alles ein bisschen utopisch? Und radikal?

Radikal bedeutet ja eigentlich, ein Problem an der Wurzel anpacken. In dem Sinn ist das sicher radikal. Wer geht schon gern zu einem Arzt, der nur die Symptome einer Krankheit, aber nicht ihre Ursache bekämpft. Und ich denke es ist offensichtlich, dass das System Kapitalismus uns heute nichts mehr zu bieten hat. Wie schaut denn unsere Zukunft nach ihrer Vorstellung aus? Unsichere Jobs, miese Bezahlung, Arbeit auf Abruf, keine sozialen Leistungen sondern teure Selbstversicherung. Dazu: Umweltzerstörung, Kriegsgefahr und eine unsichere Zukunft. Nicht sehr rosig also. Angesichts dieser Perspektive stellt sich doch die Frage nach einer Alternative. Für mich besteht eine solche Alternative im gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, PensionistInnen, Arbeits-

losen - Frauen und Männer, In- und "AusländerInnen" für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

VORWÄRTS: Was unterscheidet die LINKE von anderen Listen, die antreten?

Wir sind eine Bündniskandidatur aus Einzelpersonen und Organisationen. Das spiegelt sich auf unseren KandidatInnenlisten wieder. Da gibt es Menschen aus allen Bundesländern, verschiedener Nationalität, jung und alt und viele Frauen. Wir sind die einzige Liste, an deren Spitze eine Frau steht, die offensiv gegen Sozialabbau auftritt. Haselsteiner vom LIF hat ja recht klar gesagt, dass es für ein paar soziale Reförmchen ist, damit er seine Privilegien erhalten kann. Und bei den Christen handelt es sich v.a. um radikale AbtreibungsgegnerInnen. Wir kennen diese Leute, die schrecken auch nicht vor widerlichen Methoden und Belästigung von Frauen vor Abtreibungskliniken zurück. Natürlich steht mit der KPÖ noch eine linke Liste auf dem Stimmzettel. Wir haben eine gemeinsame Kandidatur angestrebt, aber die KPÖ hat abgelehnt. Unsere Besonderheit ist es, dass wir längerfristig eine neue politische Kraft aufbauen wollen - und unsere Kandidatur der erste Schritt dafür ist.

Sonja Grusch ist 38 Jahre alt, gelernte Damenkleidermacherin und hat Volkswirtschaft studiert. Sie ist seit 25 Jahren politisch aktiv, wurde 1992 aus der Sozialistischen Jugend, der SPÖ-Jugendorganisation - u.a. wegen ihrer ablehnenden Haltung zum EU-Beitritt - ausgeschlossen. Sie war aktiv in einer Vielzahl von Kampagnen - darunter gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB, gegen FPÖ- und Nazi-Aktivitäten, in der Widerstandsbewegung gegen blau-schwarz sowie in diversen internationalen Kampagnen. Sonja Grusch ist Mitglied der Sozialistischen Linkspartei, die Teil der LINKEN ist, und kandidiert bei den Nationalratswahlen auf Listenplatz 1 der Bundesliste der LINKEN.

Interview mit Florian Klabacher, einer der Spitzenkandidaten der LINKE in Oberösterreich

LINKE ist ein wichtiges Zeichen gegen extreme Rechte und für eine wirklich linke Alternative!



VORWÄRTS: Wie sehen die Schwerpunkte eures Wahlkampfes in Oberösterreich aus?

Im Wahlkampf der LINKE werden Antirassismus und Antifaschismus zentrale Themen sein. Mit dem "Bund Freier Jugend" ist in Oberösterreich eine halblegale, faschistische Organisation aktiv, die sowohl Verbindungen zu Nazi-Schlägern hat als auch zur FPÖ und vor allem zu deren Jugendorganisation "Ring Freiheitlicher Jugend".

Fünf Aktivisten des BFJ stehen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung in Wels vor Gericht. Die Mitglieder, die nicht vor Gericht stehen, gehen seit der Verhaftung in die Offensive und versuchen, sich mit Slogans wie "Meinungsfreiheit statt Verbotsgesetz" als Demokraten aufzuspielen. Auch H.C. Strache wird, nachdem am 29. August bereits die FPÖ-Wahlkampfauf-taktkundgebung in Linz stattfand (wiederum mit Beteiligung des BFJ und vieler Nazi-Schläger), bis September noch einige Male in Oberösterreich auftreten, wogegen es zu mobilisieren gilt.

VORWÄRTS: Wie schätzt Du die SPÖ in Oberösterreich ein? Sie gibt sich ja manchmal etwas linker als die Bundespartei ...

Die SPÖ hat wegen des "Rebellen" Erich Haider in Oberösterreich ein etwas linkeres Image als in anderen Bundesländern, zum Beispiel wegen der "Opposition" Haider zur Privatisierung von Voest und Energie AG. Seine Lösungsvorschläge waren aber nicht gerade kämpferisch: bei der Voest wollte er noch ein paar Jahre warten, um sie teurer verkaufen zu können.

Bei der Energie AG initiierte die SPÖ eine Bürgerbefragung, es sammelten aber vor dem Magistrat vor allem andere Gruppen die notwendigen Unterschriften, zum Beispiel die SLP, die ATIGF oder die "Werkstatt für Frieden & Solidarität". Als die Notwendigen Unterschriften eingereicht waren, sagte Haider die Bürgerbefragung (Umfragen zufolge waren 80% der Bevölkerung gegen den Börsengang) ab und einigte sich mit der ÖVP auf eine Privatisierung ohne Börsengang. Damit wurde eine große Chance vergeben.

Das Wort "Streik" ist genauso aus seinem Wortschatz verbannt wie aus dem der Bundes-SP. Auch die Sozialistische Jugend ist in Oberösterreich von der Straße so gut wie nie zu sehen, selbst als Hassprediger Strache zum Wahlkampfauftakt der FPÖ am Hauptplatz seine rassistische Hetze verbreitete war nichts von der früher kämpferischen und aktiven Jugendorganisation zu sehen.

Damit gibt es auch in Oberösterreich keine Partei, die die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen vertritt. Dass sich viele Menschen eine solche Partei wünschen zeigt sich immer wieder bei den Kundgebungen und Infotischen der LINKE, viele PassantInnen bleiben stehen um zu diskutieren, viele tragen sich in Kontaktlisten ein, um Infos über Aktionen der LINKE zu erhalten und wollen dabei mitmachen. Die LINKE ist zwar (noch) keine neue ArbeiterInnenpartei, aber zumindest ein erster Schritt in diese Richtung in Österreich und eine Alternative zu Sozialabbau und Rassismus auf dem Wahlzettel.

Florian Klabacher hat eine technische Lehre in der MCE Maschinen- & Apparatebau (früher Voest Alpine Maschinenbau) im März 2008 abgeschlossen und ist dort seit etwa einem halben Jahr Jugendvertrauensrat. Derzeit leistet er seinen Zivildienst in einem Wohnprojekt für Flüchtlinge in Linz. Er ist Mitglied der SLP.



VORWÄRTS im Wahlkampf

Eine Frage an Hermann Dworzak

VORWÄRTS: Was macht die LINKE einzigartig?

"Das LINKSPROJEKT bzw. die Kandidatur der LINKE ist die konkrete Antwort auf die strukturelle Krise der Sozialdemokratie – die mit dem Ewig-Lächler Faymann in keiner Weise behoben ist – bzw. die Verbürgerlichung der Grünen. Die LINKE ist die praktizierte Pluralität: in ihren politischen Zugängen, Aktivitäten und KandidatInnen. Und sie ist kantig in ihren politischen Positionen: radikale Umverteilung von oben nach unten, volle Gleichberechtigung für die MigrantInnen, für ein soziales, nichtmilitarisierendes Europa, für eine Gesellschaft jenseits des Profitprinzips. Alles in allem viele Gründe, um sich bei der LINKE einzuklinken und sie auch zu wählen."

Hermann Dworzak kandidiert auf Listenplatz 2 der LINKE, ist 59 Jahre alt, Gewerkschafter, Aktivist im Austrian Social Forum/ASF und Mitglied der Sozialistischen Alternative/SOAL.

Eine Frage an Nadir Aykut

VORWÄRTS: Warum kandidierst Du für die LINKE?

"Weil ich der Meinung bin, dass Österreich eine neue Politik braucht. Von den bestehenden Parteien können wir uns nichts erwarten. Die LINKE ist eine Alternative, weil sie aus verschiedenen Menschen aus unterschiedlichen Zugängen besteht. Wir alle sind gegen Sozialabbau und für gleiche Rechte auf allen Ebenen für alle in Österreich lebenden Menschen. In Bezug auf MigrantInnen finde ich die Forderung nach Abschaffung der rassistischen Ausländergesetze besonders wichtig. Seit ich in Österreich bin war ich bei vielen politischen Bewegungen und Aktionen dabei – gegen den Krieg, beim Lichtermeer, bei Demonstrationen gegen die rechtsextremen Burschenschaften und bei den Protesten gegen das WEF in Salzburg. Nur durch Gesetze kann man keine Integration schaffen. Sondern es ist eine Frage von Geben und Nehmen. Es geht nicht nur ums Deutschlernen, obwohl das natürlich wichtig ist, sondern darum, dass MigrantInnen auch gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen, Sozialleistungen, Bildung und Wohnungen haben."

Nadir Aykut kandidiert auf Listenplatz 3, ist 45 Jahre alt, Kurde aus der Türkei, seit 20 Jahren in Österreich, technischer Angestellter aus Wien und Vorstandsmitglied der ATIGF.

Salzburg: LINKE wählen und selbst aktiv werden!

Die LINKE hat in Salzburg vor allen anderen Listen die das tun mussten, die notwendigen 200 Unterstützungserklärungen zusammenbekommen und ihre Kandidatur eingereicht. Damit steht auch in Salzburg eine echte Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei der etablierten Parteien zur Wahl – und das ist hier besonders notwendig.

Salzburg hat nicht nur die höchsten Lebenshaltungskosten aller Landeshauptstädte, sondern auch die zweitniedrigsten Löhne. Diese Kombination führt zu einer deutlichen Verarmung weiterer Schichten der Bevölkerung. Während die Regierung 10,4 Millionen Euro für die (gescheiterte) Bewerbung Salzburgs für die olympischen Winterspiele 2014 ausgegeben hat warten allein in der Stadt Salzburg 4.000 Menschen auf eine Sozialwohnung – darunter 1.500 dringende Fälle. Der sozialdemokratische Regierung in Stadt und Land Salzburg sind Prestigeprojekte offensichtlich wichtiger als der öffentliche Wohnbau.

Durch Österreich rollt eine Kündigungswelle. Die wirtschaftliche Krise, verursacht durch Spitzenmanager und Börsenspekulanten, soll auf dem Rücken der beschäftigten ausgetragen werden. Der Autozulieferer TRW in Bergheim schließt mit Jahresende und wandert nach Tschechien und Slowenien ab. Obwohl die Belegschaft jahrelang Rekordgewinne für das Unternehmen erarbeitete verlieren 545 ArbeiterInnen mit Ende des Jahres ihren Job. Die LINKE akzeptiert das nicht. Wir sagen, ein Betrieb der abwandert und die Belegschaft "vor die Tür setzt" muss verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden.

Die FPÖ gibt Scheinantworten auf die bestehenden sozialen Probleme der Menschen. Es ist wichtig die Fragen, die sich die Leute zu Recht zu Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, etc. stellen von links zu besetzen. Wir brauchen echte Antworten und nicht rassistische Hetze. Die FPÖ sagt in Salzburg, öffentlicher Wohnbau soll nur für "Österreicher". Wir sagen, es braucht eine offensive im sozialen Wohnbau, der allen Menschen, egal welcher Herkunft, ein günstiges und menschenwürdiges Wohnen ermöglicht. Die FPÖ sagt: "Jobs nur für Inländer". Die LINKE sagt: Es muss eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich geben. Das schafft Arbeitsplätze und entlastet die Beschäftigten.

In Österreich besteht heute die Möglichkeit eine starke neue Kraft links von Sozialdemokratie und Grünen aufzubauen. Eine Kraft, die sich kämpferisch für die Interessen der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, MigrantInnen, Frauen und PensionistInnen einsetzt. Darum: Wählen Sie am 28. September die LINKE – und noch viel wichtiger: werden Sie selbst aktiv!

Jan Rybak ist Mitglied der SLP, Behindertenbetreuer und LINKE-Spitzenkandidat in Salzburg

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Preis: EUR 0,40

Nummer 175b

September 2008



Rassistische Hetze stoppen!

*Wir lassen uns nicht auseinander dividieren -
Wir stehen gemeinsam für die neue LINKE!*

Von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Auffanglager für Asylwerber, verpflichtende Deutschkurse für MigrantInnen, ein Sozialsystem, das MigrantInnen nicht zur Verfügung stehen soll, obwohl sie hier leben, arbeiten und in die Sozialversicherung einzahlen. Das sind nur Beispiele für die rassistische Hetze, die von FPÖ, BZÖ und ÖVP betrieben wird. Der ÖVP fällt außer Rassismus und Law and Order nichts mehr ein, um zu verhindern bei den Wahlen völlig abzustürzen – denn ihre neoliberale Politik stößt nur auf Ablehnung. FPÖ und BZÖ konkurrieren darum, wer rassistischer ist. Faymann und die SPÖ flirtet mit der FPÖ. In Oberösterreich ist der rechtsextreme Bund Freier Jugend umtriebiger, besucht Strachekundgebungen und singt SS-Lieder.

Rechte Hetzer gestärkt

FPÖ und BZÖ könnten bei dieser Wahl gemeinsam wieder auf die 27% der FPÖ im Jahr 1999 kommen. Manche meinten nach der Spaltung der FPÖ 2004, dass damit das Problem Rechtsextremismus gelöst sei. Die SLP betonte schon damals, dass das nicht der Fall sei – denn der Boden für Rassismus besteht weiterhin: soziale Misere, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau durch die herrschenden Parteien.

Am Wiedererstarken der noch weiter nach rechts gerückten FPÖ ist nicht zuletzt das Versagen der SPÖ in der Regierung schuld. Vom Unmut über die große Koalition und die gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ profitieren nun FPÖ und BZÖ. Die Tatsache, dass sich – mit Teuerung, Personalabbau und Werksschließungen – bereits ein wirtschaftlicher Abschwung ankündigt, wird das noch verstärken, wenn es keine linke Alternative gibt.

FPÖ und Co. stoppen – aber wie?

Um diese Alternative aufzuzeigen, ist gerade jetzt der Aufbau der LINKE so wichtig – wir müssen FPÖ, BZÖ und Konsorten kontern. Und: Der ÖGB muss im Herbst einen Kampf für kräftige Lohnerhöhungen und gegen Werksschließungen und Personalabbau führen. In der Glanzstoff in St. Pölten kämpfen österreichische, türkische und kurdische KollegInnen gemeinsam gegen die drohende Werksschließung – so kann man Rassismus in der Praxis bekämpfen! Die SLP und die LINKE rufen zu einer großen Gegenkundgebung gegen die FPÖ-Abschlusskundgebung auf! Mit einer gemeinsamen Mobilisierung von 'In'- und 'AusländerInnen' kann gezeigt werden, was unsere Alternative zu rechter Hetze ist: Solidarität! Komm auch du hin!

Dinkhausers illustere Freunde: Rechte, Nehmer und Unternehmer

Außer heißer Luft hat der selbsternannte Robin Hood bisher wenig zu bieten gehabt. Bereits seine Wahlliste lässt allerdings Rückschlüsse auf den wahren Charakter seiner Kandidatur zu: Neben Dinkhauser, der ja selbst noch immer an seiner ÖVP-Mitgliedschaft festhält, finden sich dort illustere Personen wie Ex-FPÖ-Generalsekretärin Theresia Zierler, nunmehr Dinkhausers Nummer 1 in Wien. Neben ihrer Tätigkeit für die rechtsextreme FPÖ und das BZÖ dürfte Zierler auch noch anders mit schwarz-blau-orange verbunden gewesen sein. 2006 berichtete Der STANDARD unter dem Titel "Haubner versorgt Parteifreundin Zierler": "Die Kommunikationsberaterin Zierler ist zu den am 4. April 2005 gegründeten Orangen übergelaufen und hat – welcher Zufall – seit 1. April 2005 einen Beratervertrag mit dem Sozialministerium." Im Burgenland tritt mit Manfred Köllly ebenfalls ein prominenter Ex-FPÖler als Spitzenkandidat an. Pikantes Detail am Rande: Köllly ist einer der beiden Sprecher der Plattform FREIE Bürgerlisten. Der zweite Sprecher dieser Vereinigung ist Ex-FPÖ Burgenland-Chef Wolfgang Rauter. Diesem war selbst die FPÖ nicht rechts genug. Ein weiterer bemerkenswerter Fall auf Dinkhausers Liste ist der Transitforum-Chef Fritz Gurgiser, der eine Nulllohnrunde zur Entlastung der Mittelstandsbetriebe gefordert hatte. Wen wundert's also, dass inzwischen eine Unterstützung der Liste Dinkhauser durch Großindustrielle à la Swarovski kolportiert wird ...

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt"; Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at